Hier steht eine Anzeige.

Alles, was Recht ist

Unversicherte Blödelei

Bei der gesetzlichen Unfallversicherung geht ja so einiges durch, was als Arbeitsunfall zählen kann. Ein Sturz aus dem Fenster aufgrund von Neckereien gehört allerdings nicht dazu. Dies hat jetzt das hessische Landessozialgericht in Darmstadt festgestellt. Ein 27-jähriger Mann machte eine berufliche Umschulungsmaßnahme. Im ersten Obergeschoss des Gebäudes wurde er von sechs Mitschülerinnen mit einem Gummispritztier aus Foppelei nass gespritzt. Der Mann stand direkt am Fenster und versuchte dem Wasserstrahl auszuweichen – dabei sprang er über die Fensterbrüstung. Sein Plan ging nicht ganz auf: Statt auf einem Welldach vor dem Fenster sicher zu landen, rauschte er durch das Dach und verletzte sich an Fuß und Wirbelsäule. Die Berufsgenossenschaft lehnte dies zur Anerkennung als Arbeitsunfall ab: Eine „betriebsdienstliche Tätigkeit“ liege nicht vor, der Mann sei aus Neckerei aus dem Fenster gefallen. Dass er sich nur unglücklich bewegt habe, ließen die Richter nicht gelten. Bei den Neckereien habe es sich um „höchstpersönliche Verrichtungen“ gehandelt, die grundsätzlich nicht unfallversichert seien. Solche Spielereien seien als „den betrieblichen Interessen zuwiderlaufendes Verhalten“ anzusehen. Az. L 3 U 47/13

sas

Verbotene Empfehlung

Es gab ja einst Dr. Best. Jahrelang war er im Werbefernsehen zu sehen. Glücklicherweise hat der Zahnarzt aus der Werbung, der ja im richtigen Leben tatsächlich Zahnarzt war, nicht für ein zahnmedizinisches Medikament geworden, sondern nur für Zahnbürsten. Denn das Oberlandesgericht Frankfurt hat Anfang dieses Jahres entschieden, dass Werbung auch dann unter das Verbot der Empfehlungswerbung fällt, wenn auch nur der Eindruck erweckt wird, dass der Empfehlende im Gesundheitswesen tätig sein könnte. Hintergrund für dieses Urteil ist ein Werbspot für ein Hustenmittel, in dem eine Frau im weißen Kittel vor einem Regal mit Hustenmitteln stand und die Empfehlung für ein bestimmtes Medikament aussprach. Sie wurde in dem Spot als „Expertin für ...“ bezeichnet, könnte allerdings bei den Fernsehzuschauern gut und gern als „eine im Gesundheitswesen tätige Person“ durchgehen, sprich als typische Apothekerin. Das OLG Frankfurt befand, dass durch dieses Aussehen eine gewisse Autorität ausgestrahlt werde, die Patienten zum Arzneimittelverbrauch anregen könnte. Deshalb verstoße der Spot gegen das Verbot der Empfehlungswerbung. Az. 6 U 152/14

sas